

Rother Baron:

Wenn Donald Trump 1941 US-Präsident gewesen wäre ...

Ein fiktionaler Blick in den Spiegel der Vergangenheit



Die USA als das Land von Lady Liberty, das die Freiheit überall dort verteidigt, wo sie von finsternen Tyrannen bedroht wird – dieses Bild hat sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Köpfen festgesetzt. Dabei war der Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 weit eher die Folge einer spezifischen Interessenabwägung. Diese hätte unter einem anderen Präsidenten auch zu einem anderen Ergebnis führen können. Ein mögliches Alternativ-Szenario wird an dieser Stelle skizziert. Es kann auch zu einer besseren Einschätzung des derzeitigen Umgangs der USA mit der Ukraine verhelfen.

Inhalt

Die USA – ein Land von "freedom fighters"?	3
Ein turbulenter Nominierungsparteitag	4
Ein Sonnyboy als Herausforderer von Roosevelt	6
Der sich zuspitzende Konflikt mit Japan	7
Der japanische Angriff auf Pearl Harbor als Rettung Europas	8
Der Konflikt mit Japan und der Krieg gegen die Ukraine	10
Der ideologische Charakter des Anti-Interventionismus	10
Die Prädestinationslehre als Grundlage politischen Handelns	11
Wenn Japan und die USA 1941 einen "Deal" geschlossen hätten	13
Wie hätte die Welt nach einem Sieg des NS-Regimes ausgesehen?	14
Der Preis der Freiheit	15
<i>Bildnachweise</i>	17

Informationen über den Autor finden sich auf seinem Blog (rotherbaron.com) oder auf Wikipedia.

Cover-Bild: Collage unter Verwendung folgender Bilder: 1. Unbekannter Fotograf: Verleihung des Eisernen Kreuzes Zweiter Klasse an die Flugpionierin Hanna Reitsch durch Adolf Hitler (März 1941; im Hintergrund Hermann Göring); Koblenz, Bundesarchiv; 2. Michail Metzel, Nachrichtenagentur TASS: Wladimir Putin und Donald Trump bei einem Gespräch am Rande des G20-Gipfels in Japan im Jahr 2019; Russian Presidential Press and Information Office (beide Bilder von Wikimedia commons)

Die USA – ein Land von "freedom fighters"?

Die USA als Befreier Deutschlands und Europas vom Joch des Faschismus, in der Folge als Anführer der freien Welt – diese Sichtweise ist für uns seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Selbstverständlichkeit, allen nicht eben freiheitsliebenden Aktivitäten der CIA zum Trotz.

Eben deshalb trifft uns der jetzige Schwenk der USA hin zum Selbstbild eines angeblich neutralen Vermittlers in der Auseinandersetzung mit dem aggressiven Kreml-Regime so hart. Es erschüttert unser Bild von den USA als einem verlässlichen Partner, der sich an unserer Seite für Frieden und Freiheit engagiert.

Dabei ist die gegenwärtige 180-Grad-Kehrtwende der US-amerikanischen Regierung nur ein Beleg für den dünnen Faden, an dem das Bündnis mit den europäischen Partnerländern schon immer gehangen hat. Dabei geht es stets um die Frage, ob US-amerikanische als kompatibel mit europäischen Interessen angesehen werden und wie stark Menschenrechte gegenüber wirtschaftlichen Aspekten gewichtet werden.

Die "America-First"-Ideologie von Donald Trump betont in beiden Punkten die Distanz zu Europa. Was zählt, sind in erster Linie machts- und wirtschaftspolitische Fragen. Menschenrechte spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. So entspricht die Politik der Trump-Administration einer Rückkehr zur isolationistischen, nicht-interventionistischen Richtung der US-Außenpolitik, die ein nicht direkt den Interessen der USA dienendes Eingreifen in Konflikte außerhalb des eigenen Machtbereichs ausdrücklich ablehnt.

Wir sehen es heute als selbstverständlich an, dass diese Maxime sich im Zweiten Weltkrieg angesichts des jede Vorstellung sprengenden Nazi-Terrors nicht durchgesetzt hat. De facto war dies jedoch

keineswegs ausgemacht. Die Geschichte hätte sich vielmehr auch ganz anders entwickeln können, wenn die Präsidentschaftswahlen in den USA im November 1940 anders ausgegangen wären. Es lohnt sich deshalb, einen genaueren Blick auf die Ausgangslage vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg zu werfen.

Ein turbulenter Nominierungsparteitag

1940 war die Amtszeitbegrenzung für die Präsidentschaft in den USA noch ein ungeschriebenes Gesetz. Erst seit 1951 ist formell festgelegt, dass ein Präsident maximal einmal wiedergewählt werden darf.

So konnte Franklin D. Roosevelt 1940 beschließen, sich angesichts der schwierigen weltpolitischen und wirtschaftlichen Lage ein drittes Mal als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei aufstellen zu lassen. Trotz seiner Popularität war dieser Bruch mit der Tradition bei den Wahlen eine Hypothek für ihn –



zumal auch seine keynesianische Wirtschaftspolitik des New Deal, die auf massiven staatlichen Investitionen basierte, im Widerspruch zum libertären Selbstverständnis der USA stand.

Vor diesem Hintergrund rechnete die Republikanische Partei sich bei den Wahlen durchaus Chancen aus, das Präsidentenamt zu erobern – zumal die anfänglich positiven Auswirkungen des New Deal sich Ende der 1930er Jahre wieder abgeschwächt hatten. Zwischenzeitlich war das Land sogar in eine Rezession geschlittert, auch die Arbeitslosenzahlen waren wieder auf bedrohliche 17 Prozent angestiegen.

Beim Nominierungsparteitag, für den die Ergebnisse aus den Vorwahlen noch den Charakter einer bloßen Empfehlung hatten, standen sich am Ende zwei Kandidaten gegenüber, die für völlig unterschiedliche politische Ausrichtungen und Traditionen standen: Wendell L. Willkie und Robert A. Taft.

Bei Willkie handelte es sich um einen politischen Quereinsteiger. Er war als Anwalt und Geschäftsmann tätig und hatte bislang noch kein politisches Amt bekleidet. Taft dagegen stammte aus einer politischen Dynastie. Sein Vater William Howard Taft war von 1909 bis 1913 Präsident der USA gewesen, er selbst war Senator.



Tafts politische Positionen entsprachen seiner Verankerung im Establishment der Republikanischen Partei: Er war klar anti-interventionistisch eingestellt, stand wirtschaftspolitisch für einen nach außen hin protektionistischen, nach innen hin nicht-dirigistischen Kurs und folgte in moralischen und kulturpolitischen Fragen dem ultrarechten "Paläokonservatismus".

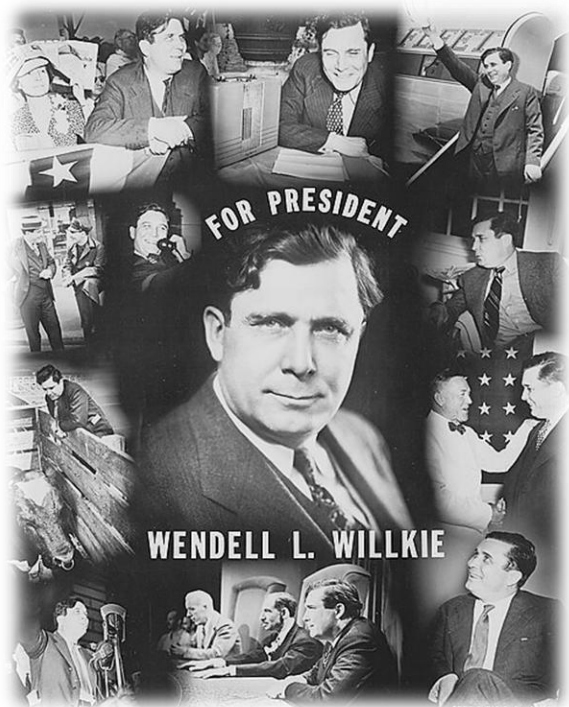
Willkie hingegen vertrat liberalere Positionen und befürwortete ein stärkeres Engagement der USA an der Seite der europäischen Gegner von Nazi-Deutschland und seinen Verbündeten.

Dass Willkie sich am Ende gegen Taft durchsetzen konnte, war seinerzeit eine ähnliche Sensation wie 2008 der Wahlsieg von Barack Obama bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei gegen Hillary Clinton. Er beruhte zudem in ähnlicher Weise auf einer Mobilisie-

rung der Basis – die sich damals freilich noch nicht via Social Media, sondern durch eine Flut von Telegrammen an den Parteitag bemerkbar machte.

Ein Sonnyboy als Herausforderer von Roosevelt

Trotz seiner rhetorischen Talente und seiner charismatischen Ausstrahlung war die Niederlage Willkies im Präsidentschaftswahlkampf absehbar. Dies lag vor allem daran, dass sich seine Positionen nicht grundlegend von denen Roosevelts unterschieden. Er war nicht prinzipiell gegen den New Deal, sondern forderte nur Korrekturen im Sinne von Entbürokratisierung und einer stärkeren Einbindung der Wirtschaftsunternehmen.



Außenpolitisch sprach er sich wie Roosevelt gegen einen Eintritt der USA in den Krieg aus. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden drehten sich in diesem Punkt lediglich um die Frage, wie stark und in welcher Weise die USA sich auf eine Situation vorbereiten sollten, in der ein Kriegseintritt trotz allem unvermeidlich wäre.

Es ist folglich anzunehmen, dass Willkie als Präsident außenpolitisch kaum anders agiert hätte als Roosevelt. Dem entspricht auch, dass er während der Kriegsjahre mehrfach im Auftrag der US-amerikanischen Regierung diplomatische Aufgaben übernahm.

Die entscheidende Frage ist also nicht, was gewesen wäre, wenn Willkie 1940 die Präsidentschaftswahl gewonnen hätte. Spannend wird es erst, wenn wir uns für einen Augenblick vorstellen, Taft hätte sich bei den Vorwahlen der Republikaner gegen Willkie durchgesetzt und anschließend auch die Wahl gegen Roosevelt für sich entschieden.

Der sich zuspitzende Konflikt mit Japan

Die wichtigste außenpolitische Frage, die der neue Präsident im Jahr 1941 zu beantworten hatte, betraf nicht Europa, sondern den Fernen Osten. Dabei spielte interessanterweise einmal mehr ein Rohstoff eine Hauptrolle, der sich auch danach immer wieder als hochexplosiver Zündstoff für Konflikte erweisen sollte: das Erdöl.

Die Vorgeschichte reicht dabei bis zu den Demütigungen zurück, denen sich Japan durch die wirtschaftlich und militärisch überlegenen Staaten des Westens im 19. Jahrhundert ausgesetzt gesehen hatte. Dies war der Nährboden für einen aggressiven Nationalismus, der in den 1930er Jahren in einen kriegerischen Expansionismus mündete.



Nachdem japanische Truppen bereits Anfang der 1930er Jahre die Mandschurei besetzt, Shanghai bombardiert und 1933 zwei chinesische Provinzen besetzt hatten, kam es 1937 zum offenen Ausbruch eines Krieges mit China. Dabei legte die japanische Armee ein äußerst brutales Vorgehen an den Tag. So wurden bei der Eroberung von Nanjing –

Hauptstadt der chinesischen Republik während des Bürgerkriegs (1927 bis 1949) – schätzungsweise 300.000 Zivilpersonen getötet.

Ein aggressiv auftrumpfendes Japan stellte für die USA insofern eine Bedrohung dar, als sie selbst strategische und wirtschaftliche Interessen in der Region verfolgten. So waren die Philippinen infolge des Spanisch-Amerikanischen Krieges von 1898 unter US-amerikanische Kontrolle gelangt. 1935 war zwar ein zehnjähriger Übergangsprozess eingeleitet worden, der in die Unabhängigkeit der Inselgruppe münden sollte, doch blieb diese nach wie vor eng mit den USA verbunden.

Hinzu kam, dass die japanische Armee sich auch gegenüber den USA ausgesprochen aggressiv verhielt. So geriet bei der Evakuierung von Botschaftsangehörigen aus Nanjing ein Schiff der Marine – die USS Panay – unter japanischen Beschuss.



Der japanische Angriff auf Pearl Harbor als Rettung Europas

Die USA zogen daraufhin eine rote Linie: Sie informierten die japanische Regierung darüber, dass man eine Expansion Japans bis nach Französisch-Indochina – das die heutigen Staaten Vietnam, Kambodscha und Laos umfasste – nicht hinnehmen würde. Japan seinerseits sah die Kontrolle dieses Gebietes jedoch als strategische Notwendigkeit an, da so der Seeweg nach Niederländisch-Indien (das heutige Indonesien) kontrolliert werden konnte. Auf diese Weise wollte man auch die Kontrolle über die dortigen Erdölquellen gewinnen und sich so von Importen unabhängiger machen.

Folglich entsandte Japan den US-amerikanischen Warnungen zum Trotz im September 1940 Truppen nach Französisch-Indochina und stockte diese ein Jahr später – im Juli 1941 – sogar auf. Als Reaktion darauf wurde die Ausfuhr von Erdöl aus den USA nach Japan zunächst begrenzt und schließlich ganz eingestellt.

Da Großbritannien und Niederländisch-Indien sich diesem Embargo anschlossen, sah Japan sich zu Verhandlungen genötigt. Parallel zu diesen trieb man jedoch die Vorbereitungen für eine Ausweitung der militärischen Intervention in Niederländisch-Indien und den britischen Kolonien in Südostasien voran. Dies veranlasste die USA dazu, ihre Verhandlungsposition zu verschärfen und den vollständigen Abzug japanischer Truppen aus China und Französisch-Indochina als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Öllieferungen zu fordern.



Daraufhin eskalierte der Konflikt endgültig: Während die japanische Delegation zum Schein weiterverhandelte, bereitete sie zugleich einen Angriff auf die USA vor, der schließlich am 7. Dezember 1941 in die Bombardierung der im hawaiianischen Pearl Harbor stationierte Pazifikflotte der USA mündete.

Die Folgen sind bekannt: Am Tag darauf erklärten die USA Japan den Krieg. Und weil Japan mit dem nationalsozialistischen Deutschland und mit Italien seit September 1940 durch den Dreimächtepakt militärisch verbündet war, erklärten die beiden Achsenmächte daraufhin wiederum den USA den Krieg. So war die Auseinandersetzung

mit Japan indirekt auch der Grund für die unmittelbare Involvierung der USA in den europäischen Kriegsschauplatz.

Der Konflikt mit Japan und der Krieg gegen die Ukraine

Der Konflikt selbst enthält zahlreiche Elemente, die auch aus dem Krieg gegen die Ukraine sowie anderen Konflikten und den diplomatischen Bemühungen zu ihrer Beilegung bekannt sind. Dazu gehören etwa das Ringen um Rohstoffe, Wirtschaftssanktionen als Versuch, eine kriegserische Eskalation zu verhindern und stattdessen zu einer Lösung am Verhandlungstisch zu gelangen – und schließlich auch Scheinverhandlungen, die nur dazu dienen, die eigene militärische Position zu verbessern.

Die Chronologie des Eintritts der USA in den Zweiten Weltkrieg relativiert zudem den Mythos von den Freiheitskämpfern jenseits des Großen Teichs, die sich aus reiner Menschenliebe an der Befreiung Europas vom Nazi-Joch beteiligt haben. Der ursprüngliche Grund für den Kriegseintritt waren vielmehr wirtschaftliche Interessen und der daraus folgende Konflikt mit Japan.

Der ideologische Charakter des Anti-Interventionismus

Auch der ideologische Kern der US-amerikanischen Isolationismus-Doktrin wird vor diesem Hintergrund deutlich erkennbar. Sie impliziert eben keineswegs eine pazifistische Grundeinstellung und eine grund-



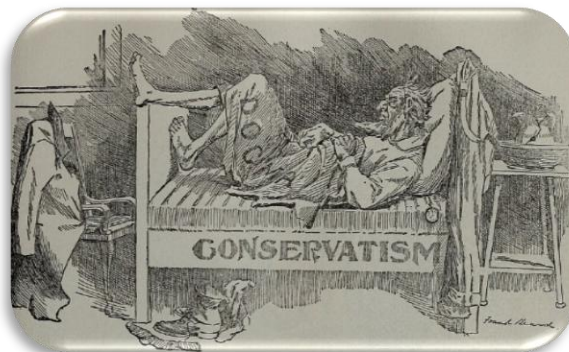
sätzliche Absage an kriegерische Interventionen. Diese werden durchaus als legitimes Mittel der eigenen Außenpolitik angesehen – nur müssen sie dabei immer in erster Linie den eigenen Interessen dienen.

Damit aber ist die Frage, inwieweit man sich in internationalen Konflikten engagiert, stets eine Abwägungssache. Im Falle des Konflikts mit Japan waren etwa die Menschenrechtsverbrechen, derer sich die japanische Armee bereits lange vor dem Angriff auf Pearl Harbor schuldig gemacht hatte, von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend war allein die Frage, auf welche Weise die japanische Regierung am ehesten dazu gebracht werden konnte, die US-amerikanischen Interessen im Pazifikraum zu respektieren.

Mit anderen Worten: Wie viel Interventionismus ist nötig, um die eigenen Interessen zu wahren?

Die calvinistische Prädestinationslehre als Grundlage politischen Handelns

Diese Frage hätte ein Präsident Taft womöglich anders beantwortet als Franklin D. Roosevelt. Denn der moralische Rigorismus, für den der von ihm vertretene Paläokonservatismus steht, geht zwar mit der Forderung nach tugendhaftem Verhalten – im Sinne einer Einhaltung der geltenden Normen für moralisch einwandfreies Verhalten –, nicht aber mit einer Neigung zu aktiver Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft einher.



Dies liegt auch an der calvinistischen Prädestinationslehre, die unter den europäischen Immigranten in die USA besonders viele Anhänger hatte. Darin wird der Satz "Jeder ist seines Glückes Schmied" erweitert um den Zusatz: "aber nur auf den Bahnen, die Gott für ihn vorherbestimmt hat".

In der Praxis führt diese Maxime zu einer umso stärkeren Bemühung um Erfolg im Leben. Tritt er ein, so wird er als Bestätigung für die Auserwähltheit durch Gott gedeutet – und damit noch stärker als soziales Distinktionsmerkmal genossen. Umgekehrt werden diejenigen, mit denen es das Leben weniger gut meint, noch stärker ins soziale Abseits gedrängt, da ihr Misserfolg als Zeichen ihrer geringeren Bedeutung im göttlichen Heilsplan angesehen wird.

In der Politik hat eine solche Sichtweise nach innen hin die weitestgehende Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und insbesondere die Zurückweisung einer aktiven Sozialpolitik zur Folge. Almosen werden zwar im Sinne eines tugendhaften Verhaltens befürwortet, nicht aber Veränderungen an den sozialen Strukturen, die Armut und Bedürftigkeit zur Folge haben. Denn dies würde aus der Perspektive der Prädestinationslehre ja bedeuten, das man Gott in den Arm fällt, anstatt sich seiner Vorherbestimmung des Lebensglücks jedes Einzelnen zu fügen.

Diese Deutungsmechanismen lassen sich auch auf die Ebene ganzer Völker übertragen. Wirtschaftliche Prosperität und territoriale Ausbreitung können dann ebenfalls auf die Auserwähltheit durch Gott zurückgeführt werden. Expansionistische Bestrebungen lassen sich so nicht nur rechtfertigen, sondern sogar religiös überhö-



hen, indem sie in eine quasi heilsbringerische Mission umgedeutet werden.

Wenn Japan und die USA 1941 einen "Deal" geschlossen hätten ...

Ein Präsident, der die Welt durch ein solches Deutungsraaster sieht, wäre im Sommer 1941 womöglich eher geneigt gewesen, auf die japanischen Forderungen nach einer Aufhebung der Wirtschaftssanktionen einzugehen. Dies liegt zunächst einmal daran, dass die religiöse Überhöhung des Erfolgs auch zu einer größeren Ehrfurcht vor der militärischen Stärke des Gegners geführt hätte.



Darüber hinaus hätte – in engem Zusammenhang damit – ein wirtschaftsliberaler Präsident die ökonomischen Interessen der USA in dieser Situation womöglich durch eine kompromisslose Strategie eher gewahrt gesehen. Anstatt der japanischen Regierung konsequent die Stirn zu bieten, hätte er sich vielleicht eher auf einen "Deal" mit ihr eingelassen. Dieser hätte etwa darin bestehen können, wieder Erdöl an Japan zu liefern, dafür aber einen höheren Preis zu verlangen und überdies die Einfluss-Sphären im Südpazifik verbindlich untereinander aufzuteilen.

In der Folge wäre es nicht zu einem Angriff Japans auf Pearl Harbor gekommen – und damit auch nicht zu dem eben hierdurch ausgelösten Kriegseintritt der USA. Und wer weiß, vielleicht wäre dem nationalsozialistischen Regime, dessen expansionistische Politik unter diesen Umständen weit weniger leicht hätte eingedämmt werden können, von US-amerikanischer Seite dann mit einer ähnlichen Zurückhaltung wie gegenüber Japan begegnet worden.

Vielleicht hätte auch hier der Blick auf die wirtschaftlichen Interessen die Oberhand gewonnen und eine Politik begünstigt, bei der auf Geschäfte mit dem erstarkten Nazi-Regime gesetzt worden wäre. Gleichzeitig hätte man an dessen europäische Gegner weiter gegen entsprechende Bezahlung Waffen liefern und so gleich doppelt Profite erwirtschaften können.



Am Ende hätten die USA sich als neutraler Vermittler präsentieren können, der einen Friedensschluss zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und seinen Gegnern vermittelt. Dabei hätten diese wohl an das überlegene Nazi-Reich Gebiete abtreten und ihre Armeen verkleinern müssen, um dem deutschen Herrschaftsbedürfnis Tribut zu zollen. Als Lohn für ihre Mühe hätten die USA sich für ihre Firmen die Rechte an den Wiederaufbauarbeiten gesichert, die aus Reparationsleistungen der besiegten Länder finanziert worden wären.

Wie hätte die Welt nach einem Sieg des NS-Regimes ausgesehen?

Das kleine Gedankenspiel zeigt: Die Befreiung Europas vom Joch der Nazi-Herrschaft durch die USA war keinesfalls das Resultat einer gottgewollten Logik. Die Handlungstendenzen, die heute die Politik der US-Regierung bestimmen, waren auch damals schon als Möglichkeit in der geistigen DNA des politischen Establishments vorhanden. Die Geschichte hätte folglich auch einen anderen Verlauf nehmen können.

Damals hätten viele das oben geschilderte alternative Szenario womöglich sogar begrüßt. "Gut, dass dank den USA endlich die Waffen schweigen", hätten sie vielleicht gedacht. "Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!"

Allerdings hätten diese Zeitgenossen sich wohl schon bald die Fehlerhaftigkeit dieser Einschätzung eingestehen müssen. Denn das NS-Regime wäre unter diesen Umständen sicher rasch zu einer Atom-



macht aufgestiegen – und dann hätte der Schrecken erst recht kein Ende mehr genommen. Ein Hitler mit Atombombe in der Hand wäre kaum noch von der Weltbühne zu verdrängen gewesen.

Stattdessen hätte das NS-Regime wohl einen Platz im Sicherheitsrat bekommen und damit nicht nur die Geschicke Europas bestimmt, sondern entscheidenden Einfluss auf das gesamte Weltgeschehen nehmen können.

Der Preis der Freiheit

Deutlich wird damit, dass man die Freiheit nicht zum Nulltarif bekommt. Manchmal muss man eben auch bereit sein, wirtschaftliche Einbußen hinzunehmen, um die individuellen Freiheitsrechte zu verteidigen.

Dies bezieht sich übrigens auch auf die wirtschaftliche Freiheit. Ökonomische Beziehungen auf der Basis eines freien Spiels der Kräfte

wären mit dem NS-Regime wohl eher nicht zu haben gewesen. So hätten kurzfristige wirtschaftliche Erfolge hier auf lange Sicht der ökonomischen Prosperität geschadet.

Ähnlich verhält es sich heute auch bei den Beziehungen zum Putin-Regime. Das Gefahrenpotenzial ist dabei sogar noch größer als damals. Denn wer in diesem Fall Freiheitsrechte gegen kurzfristige Profite eintauscht, beerdigt damit nicht nur die ukrainische Demokratie. Was hier auf dem Spiel steht, ist vielmehr die Idee einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung im Allgemeinen.

Soll heißen: Wer heute das Haupt vor dem Geheimdienstzaren neigt, muss sich nicht wundern, wenn er morgen kopflos dasteht – oder sich von einem Diktator buchstabieren lassen muss, was er unter Freiheit zu verstehen hat.



Bildnachweise

Cover-Bild: siehe S. 2

- S. 4: Franklin D. Roosevelt mit seinem Hund Fala, Dezember 1941; FDR Presidential Library photo (Wikimedia commons)
- S. 5: Wendell L. Willkie während einer Unterhaltung im März 1938; Washington, Library of Congress (Wikimedia commons; Ausschnitt)
- S. 5: Robert A. Taft mit seiner Ehefrau und Alice Roosevelt Longworth, der Tochter des früheren Präsidenten Theodore Roosevelt, bei einer Party im Jahr 1940; Washington, Library of Congress (Wikimedia commons; Foto von Harris & Ewing)
- S. 6: Wahlplakat von Wendell Willkie für den Präsidentschaftswahlkampf 1940 (Wikimedia commons, F. A. Russo)
- S. 7: Japanische Truppen am 19. November 1931 beim Einmarsch in Tsitsihar (Qiqihar) in der Mandschurei, einen wichtigen Militärstützpunkt während der bis 1945 andauernden Besatzung (Osaka Mainichi war cameramen; Wikimedia commons)
- S. 8: Die USS Panay beim Untergang im Jangtsekiang nach japanischem Beschuss; Washington, Naval History and Heritage Command, formerly the Naval Historical Center (U.S. Navy photo; Wikimedia commons)
- S. 9: Die nach japanischen Luftangriffen in Brand geratene USS Nevada am 7. Dezember 1941 in Pearl Harbor; Washington, National Museum of the US Navy (Wikimedia commons)
- S. 10: Leonard Raven-Hill (1867 – 1942): The Gap in the Bridge (Die Lücke in der Brücke); Cartoon aus dem *Punch Magazine* vom 10. Dezember 1919, der die Brüchigkeit der Brücke zwischen den Völkern bei einem Ausscheren der USA aus der Völkergemeinschaft veranschaulicht (Wikimedia commons)

- S. 11: Karikatur aus dem Sammelband *"Blasts" from the Ram's Horn*. Chicago 1902: The Ram's Horn Company (Wikimedia commons)
- S. 12: Wolfgang Eckert: Donald Trump (Pixabay)
- S. 13: Ralphs Fotos: Händedruck (Pixabay)
- S. 14: In Search of Peace; Karikatur aus der *St. Louis Post-Dispatch*, 1930er Jahre; aus: Wiltz, John E.: *The Senate Munitions Inquiry* (Nye Committee), 1934 – 1936, S. 19. Baton Rouge 1963: Louisiana State University Press.
- S. 15: Collage unter Verwendung folgender Bilder: 1. Atombombenexplosion auf dem Testgelände von Nevada, April 1953 (National Nuclear Security Administration / Nevada Site Office); 2. Heinrich Hoffmann: Porträtfoto von Adolf Hitler (1938); Koblenz, Bundesarchiv (beide Bilder von Wikimedia commons)
- S. 16: Collage unter Verwendung folgender Bilder: 1. Lalima: Freiheitsstatue (Lady Liberty), Juni 2011 (Wikimedia commons); 2. Wladimir Putin bei einer Videobotschaft, November 2025 (Wikimedia commons)